



## POLITIK / REDAKTION

### Jemen - im Schatten der Lügen ...

(SB) - Eine Auffälligkeit des Krieges im Jemen ist das lange Festhalten der westlichen Medien an der Zahl von 10.000 Todesopfern. Im März 2015 haben Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate den Krieg vom Zaun gebrochen, um die pro-iranischen Huthi-Rebellen, die Ende 2014 den jemenitischen ... (S. 2)

## POLITIK / KOMMENTAR

### Landespolitik - Grenzsicherheit ...

(SB) - Der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Herbert Reul (CDU), zu Hause bekannt als Verfechter einer Null-Toleranz-Politik der Polizei, will die Sicherheit seines Bundeslandes auch an der nördlichen Grenze Griechenlands in besten Händen und zuverlässig verteidigt wissen. Wie das zusammenhängt? ... (S. 4)

## POLITIK / KOMMENTAR

### USA - Front entlang der Armuts Grenze ...

(SB) - Hegel wußte schon vor 200 Jahren, worauf es in der schulischen Erziehung ankommt. 1820 dekretierte er in den Grundlinien der Philosophie des Rechts, daß ein Hauptmoment der Erziehung in der Zucht bestehe ... (S. 6)

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

## Wir alle sind Julian Assange

Nachricht vom 4. Mai 2019



"Wir alle sind Julian Assange"-  
Protest vor der amerikanischen  
Botschaft in Berlin am 2. Mai 2019  
Bild: © Reto Thumiger, Pressenza

Am ersten Verhandlungstag im Verfahren um Assanges Auslieferung vor einem Londoner Gericht organisierte DiEM25 [1] und Demokratie in Europa [2] einen öffentlichen Protest am Brandenburger Tor, vor der amerikanischen und ganz in der Nähe der britischen Botschaft. Jener beiden Länder, die die Zukunft von WikiLeaks-Gründer Julian Assange und die der Pressefreiheit in ihren Händen halten.

Srećko Horvat, kroatischer Philosoph und Mitgründer von DiEM25 schreibt weiter in seiner Mitteilung, bei der Verhandlung am 2. Mai geht es um mehr als um Julian Assange. Es geht um unser Recht zu wissen. Es geht um jeden von uns und auch weil Chelsea Manning wegen ihrer Weigerung, gegen WikiLeaks auszusagen, weiterhin im Gefängnis ist, war der Schutz von Whistleblowern niemals wichtiger und dringender.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass die USA mehrere Anklagen gegen Julian vorbereiten. Dieses

Verfahren ist der Versuch, den seit langem etablierten Quellenschutz sowie Journalisten zu kriminalisieren, die mit der Hilfe von Whistleblowern im allgemeinen Interesse geheimgehaltene Informationen veröffentlichen.

Zahlreiche Organisationen, die sich für Pressefreiheit einsetzen, Nachrichtenmedien, Repräsentanten der UN, Politiker und andere öffentliche Personen verurteilten Julians Verhaftung und mögliche Auslieferung und warnen vor ernstzunehmenden Folgen.

Allein die Tatsache, dass Julian im Belmarsh-Gefängnis, dem "britischen Guantanamo", in Einzelhaft gehalten werde, sei Grund genug, am Brandenburger Tor ge-

gen seine unmenschlichen Haftbedingungen und gegen seine Auslieferung zu protestieren, schliesst Horvat seine Erklärung.

Nach den Worten von Edward Snowden geht es nicht nur um "einen Mann, der in Gefahr ist, sondern um die Zukunft der freien Presse".

An der Protest-Veranstaltung verlas Angela Richter, Regisseurin, ein kurzes Statement von Edward Snowden, das sie speziell für diese Demonstration aus Moskau mitgebracht hat. Ausserdem sprachen Annegret Falter, Vorstandsvorsitzende des Whistleblower-Netzwerks e.V., Esteban Servat, Biologe und Gründer von EcoLeaks und Sre&acute;ko Horvat von DiEM25.

### **Anmerkungen:**

[1] <https://diem25.org/main-de/>

[2] <https://www.deineuropa.jetzt/>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0  
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

\*

### **Quelle:**

Internationale Presseagentur  
Pressenza - Büro Berlin  
Reto Thumiger  
E-Mail:  
[redaktion.berlin@pressenza.com](mailto:redaktion.berlin@pressenza.com)  
Internet: [www.pressenza.com/de](http://www.pressenza.com/de)

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/meinung/bmsp0335.html>

## **POLITIK / REDAKTION / NAHOST**

### **Jemen - im Schatten der Lügen ...**

(SB) 6. Mai 2019 - Eine Auffälligkeit des Krieges im Jemen ist das lange Festhalten der westlichen Medien an der Zahl von 10.000 Todesopfern. Im März 2015 haben Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate den Krieg vom Zaun gebrochen, um die proiranischen Huthi-Rebellen, die Ende 2014 den jemenitischen Interimspräsidenten Abd Rabbu Mansur Hadi gestürzt hatten, in die Schranken zu weisen. Bereits nach etwa zwölf Monaten war die Zahl von zehntausend Todesopfern erreicht, an der man seither ungeachtet der Tatsache eisern festhält, daß das Hilfswerk der Vereinten Nationen im Jemen we-

gen Hungersnot und Cholera-Epidemie längst die "schwerste humanitäre Krise weltweit" ausgerufen hat. Die auffällige Weigerung weiterer Teile der westlichen Presse und Politik, das große Abschlachten im Jemen beim Namen zu nennen und die Zahl der Todesopfer entsprechend des Kriegsverlaufs laufend nach oben zu korrigieren, kann man nur als Verharmlosung aus Rücksicht auf die Despoten in Riad und Abu Dhabi verstehen, die in den vergangenen vier Jahren zu den wichtigsten ausländischen Kunden der Rüstungsindustrien der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands avanciert sind.

Verlässlichere, erschreckende Zahlen über das, was sich im Armenhaus Arabiens abspielt, liefert die 68seitige Studie "Assessing the Impact of War on Development in Yemen", welche die Universität von Denver, Colorado, im Auftrag der Vereinten Nationen erstellt und vor wenigen Tagen veröffentlicht hat. Aus der Studie geht hervor, daß aufgrund der laufenden Entwicklung bis Ende 2019 die Zahl der Personen, die wegen des Krieges im Jemen gewaltsam zu Tode gekommen sind, bei 102.000 liegen wird. Die Zahl der Menschen, die indirekt durch den Konflikt das Leben verloren haben, sei es aufgrund

von Hunger, Krankheit oder schlechter Gesundheitsversorgung infolge der Bombardierung der staatlichen Infrastruktur durch saudische und emiratische Kampffjets bzw. infolge der von Riad und Abu Dhabi verhängten Wirtschaftsblockade des von den Huthis kontrollierten Nordwesten des Jemens, wird 131.000 erreicht haben, so die Studie. Zusammen ergibt sich eine Gesamtzahl von 230.000 Todesopfern. Somit dürfte der Jemen bis Ende dieses Jahres 0,8 Prozent seiner Bevölkerung von insgesamt 30 Millionen Menschen infolge des Konflikts verloren haben.

Die Mehrzahl der Todesopfer des Jemenkrieges sind Kinder unter fünf Jahren. Die Autoren der Studie kommen zu der Schlußfolgerung, daß die fünf Kriegsjahre für den Jemen einen wirtschaftlichen Schaden von 89 Milliarden Dollar angerichtet haben. Bei der Vorstellung des Denver-Berichts erklärte UN-Sprecher Stephane Dujarric: "Der laufende Konflikt im Jemen hat die gesellschaftliche Entwicklung dort bereits um 21 Jahre zurückgeworfen. Die Studie warnt vor den exponentiell wachsenden Auswirkungen des Konflikts auf die gesellschaftliche Entwicklung. Sie prognostiziert, daß der gesellschaftliche Fortschritt, sollte der Krieg 2022 beendet werden, um 26 Jahre - fast eine Generation - zurückgeworfen sein wird."

Selbst die Hadi-Regierung, die nach der Vertreibung aus der Hauptstadt Sanaa vor vier Jahren in der Hafenmetropole Aden residiert, kann nicht umhin, die verheerenden Folgen des Kriegs zu konstatieren. Am 1. Mai veröffentlichte Ebthaj Al-Kamal, Mi-

nisterin für Arbeit und Soziales, Zahlen, denen zufolge seit 2015 fünf Millionen Menschen im privaten Sektor - 60 Prozent der dort Beschäftigten - ihren Arbeitsplatz und damit ihren Lebensunterhalt sowie den ihrer Familien verloren haben. Al-Kamal beklagte die Instabilität infolge des Krieges, welche viele in- und ausländische Unternehmen dazu veranlaßt hat, ihre geschäftlichen Aktivitäten im Jemen einzustellen. Zu den zahlreichen Angriffen saudischer und emiratischer Kampffjets auf industrielle und landwirtschaftliche Betriebe sowie auf staatliche Infrastruktur wie Klärwerke und Wasseraufbereitungsanlagen äußerte sich die Ministerin nicht.

Dabei haben am 28. April die Fliegerhelden Riads und Abu Dhabis ihr Können erneut unter Beweis gestellt. Bei einem Luftangriff in der Provinz Dhali töteten vermutlich saudische Kampffjets sieben Zivilisten. Bei den Opfern, darunter Frauen und mindestens ein Kind, handelt es sich um eine Gruppe Menschen, die nach einem Einkaufsausflug im Vorfeld des Fastenmonats Ramadan auf der Landstraße in zwei Autos auf dem Heimweg war. Der Ort des grausamen Geschehens liegt 165 Kilometer von Sanaa und damit weit weg von der Front, an der Huthi-Rebellen und Regierungstruppen einander bekämpfen. Ahmed, der Neffe eines der Todesopfer, beschrieb gegenüber der linken US-Onlinezeitung MintPress News die schreckliche Szene, welche sich den Teilnehmern der anschließenden Bergungsaktion bot: "Wir sammelten das, was von ihren zerstückelten Leichen neben dem Auto übriggeblieben war. Irgendwelche Lebensmittel wie Reis, Pasta und

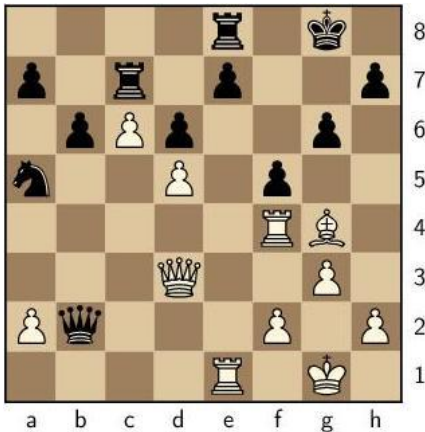
Nudeln mischten sich mit dem Blut der Opfer, den Glassplittern und Metallresten."

*<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/nhst1665.html>*

## SCHACH - SPHINX

### Drauflosstrategen

(SB) - Es gibt ziemlich unbefangene Geister unter den Großmeistern, welche die Mühsal der Vorbereitung auf jeden einzelnen Gegner für eine Platzverschwendung im Kopf halten und daher gelöst und gelassen in die Turniere gehen, sich vom Augenblick leiten lassen, manchmal auch von einer Laune, die sich jedoch um nichts in der Welt ängstigen läßt von Theoriegespenstern, großen und kleinen, echten und falschen. Solch ein gediegenes Naturell besitzt der englische Großmeister Tony Miles. Er setzt sich ans Brett, und erst dann beginnen seine Gedanken um die Fragen zu kreisen, wie eröffne ich, welche Verteidigung wähle ich. Einschüchtern läßt er sich von keinem noblen Namen. Er spielt wie ein Springinsfeld und hat mit dieser Drauflosstrategie schon so manchen Kontrahenten aus dem Konzept gebracht. Im heutigen Rätsel der Sphinx bereute Miles allerdings seine stolze Unbefangenheit, denn sein Kontrahent Igor Iwanow hatte sich sehr sorgfältig auf ihn vorbereitet, und das mit Erfolg. Miles hatte zuletzt 1...f7-f5 gezogen. Diesmal sollte er in die Grube der Überraschungen fallen, Wanderer.



Iwanow - Miles  
Luzern 1982

### Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

Jede Generation fordert ihr Recht, und ihr soll Gerechtigkeit widerfahren: 1...g7-g6? 2.Sg5xh7! Kg8xh7 3.De2-h5+ Kh7-g8 4.Ld3xg6 f7xg6 5.Dh5xg6+ Kg8-h8 6.Dg6-h5+ Kh8-g8 7.Lc1-h6 Sc6xe5?! - zäher war 7...Tf8-f7 8.Dh5-g6+ Kg8-h8 9.Dg6xf7 Ta8-g8, aber letztendlich nicht minder aussichtslos - 8.Te1xe5 Tf8-f7 9.Dh5-g6+ Kg8-h8 10.Te5-h5! und Schwarz gab auf, da das Matt nicht mehr zu verhindern war, zum Beispiel 10...Tf7-h7 11.Lh6-g7+ Kh8-g8 12.Dg6xh7+ Kg8-f7 13.Lg7-h6+ Kf7-e8 14.Dh7-g8+ Le7-f8 15.Dg8xf8#

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06919.html>

Täglich eine neue  
Schach-Sphinx unter:

[http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip\\_schach\\_schach\\_schach-sphinx.shtml](http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip_schach_schach_schach-sphinx.shtml)

## POLITIK / KOMMENTAR / REPRESSION

### Landespolitik - Grenzsicherheit ...

**Die Sicherung der EU-Grenzen durch Frontex ist elementar wichtig für die Sicherheit in Nordrhein-Westfalen.**  
*NRW-Innenminister Reul besucht deutsche Polizisten in Griechenland [1]*

(SB) 6. Mai 2019 - Der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Herbert Reul (CDU), zu Hause bekannt als Verfechter einer Null-Toleranz-Politik der Polizei, will die Sicherheit seines Bundeslandes auch an der nördlichen Grenze Griechenlands in besten Händen und zuverlässig verteidigt wissen. Wie das zusammenhängt? "Wenn wir in Europa den Zustand halten wollen, dass wir keine Grenzen zwischen den Staaten haben, diesen Luxus haben wollen, dann müssen wir an den Außengrenzen Europa sichern", so Reul, der als langjähriger Abgeordneter im Europaparlament den Blick fürs Große und Ganze geschärft hat. Er identifiziert "illegale" Migration als Sicherheitsproblem, das mit polizeilichen Mitteln weit im Vorfeld adressiert werden muß. Und das geht so: Deutsche Polizisten sind befristet für die Grenzschutzagentur Frontex abgestellt, um die griechischen Kolleginnen und Kollegen zu unterstützen. "Wenn wir es nicht machen: Die werden das hier alleine niemals hinkriegen. Ist gar kein Vorwurf, können die gar nicht", so der Innenminister bei seinem dreitägigen Besuch vor Ort. Was er dort in Erfahrung gebracht hat, scheint ihn zu begeistern: "Das fand ich toll - und dann habe ich mir die Zahl angeguckt und gesehen, dass sind sieben Beamte bei Frontex - und

dann habe ich gesagt: Das ist durchaus steigerungsfähig."

Nordrhein-Westfalen stellt das größte Kontingent an Polizeibeamten aller Bundesländer beim Frontex-Einsatz an der griechischen Grenze zu Nord-Mazedonien. Reul will das Thema auf der nächsten Innenministerkonferenz ansprechen, freiwillig mehr Personal schicken, von aktuell sieben Beamten aus NRW die Zahl rasch auf vierzehn verdoppeln. Insgesamt sind 52 deutsche Polizisten für die europäische Grenzschutzagentur in Griechenland, davon 18 im Norden des Landes. Das scheint nicht viel zu sein, selbst wenn man den deutschen Schäferhund dazurechnet, den die Bundespolizei zum Aufspüren von Menschen in Güterwaggons oder Lastwagen entsandt hat: "Und dann sind die Hunde wirklich so trainiert, dass sie wirklich die Geruchserkennung haben", faßt ein deutscher Polizeibeamter die Qualitäten des vierbeinigen Kollegen treffsicher zusammen.

Die deutschen Polizisten sollen ihre griechischen Kollegen unterstützen und fortbilden sowie eigene Informationen sammeln: "Wir bestreifen den Grenzraum zu Nordmazedonien, um da vielleicht Löcher zu entdecken oder aber andere Feststellungen treffen zu können." Im Grenzgebiet an-

getroffene Menschen werden kontrolliert: "Ja, man fährt dann hin, hält die Leute an, spricht die an: Wohin des Weges? Wer sind sie? Es müssen ja nicht unbedingt Flüchtlinge sein." An wolkenlosen Tagen reicht der Blick sogar bis zum Olymp, doch im Fokus sind mobilere Objekte: "Dann sieht man auch, wo Bewegungen stattfinden und wo nicht und dann kann man auch andere Streifen einweisen oder wie auch immer." "Man kann auch da nachts hochklettern und dann schauen, ob man da was sieht, mit dem Nachtsichtgerät oder Restlichtauflöser. Sie sehen ja selber, wie weit man hier schauen kann."

Das hört sich doch professionell und unaufgeregt an. Viel ist die Rede von der personellen Unterbesetzung bei Frontex und der erbärmlichen Ausrüstung der griechischen Kolleginnen und Kollegen: "Teilweise war die Uniform in einem desolaten Zustand und darauf angesprochen von mir, ob er denn nicht die Uniform in der Bekleidungskammer austauschen könnte, hat er gesagt: So was gibt es in Griechenland nicht. Uniform ist Privatbesitz, nach den ganzen Einsparmaßnahmen ist auch weniger Geld in den Kassen." Reul zieht tatsächlich Kleiderspenden in Erwägung, nachdem er erfahren hatte, daß die Schuhe mancher griechischer Kollegen lediglich von Sicherheitsnadeln zusammengehalten werden. [2]

In der Polizeistation Evzoni hängen Kabel aus der Wand, der Putz bröckelt. Einen Holzofen mußten die Polizisten selbst mitbringen, um im Winter arbeiten zu können. Nachtsichtgeräte oder Wärmebildkameras sieht die griechische Dienststellenleiterin Fotini Gkag-

karidou zum ersten Mal. Die deutschen Beamten haben Geländewagen der Bundespolizei mitgebracht. "Wenn sie das hier sehen", sagt ein deutscher Polizeibeamter, "wissen Sie wieder, wie gut wir es haben." Es gibt viel zu lernen, selbst nach einer langen Polizeikarriere im Wach- und Wechseldienst. Deutschland sei in der glücklichen Lage, keine EU-Außengrenzen bewachen zu müssen. Seine tapferen Kollegen in Ländern wie Italien oder Griechenland hätten einfach Unterstützung verdient. "In der Frage bin ich überzeugter Europäer", sagt er. [3]

Das sieht Herbert Reul genauso. "Wir können nicht nur schlaue Worte darüber wenden, dass die EU-Außengrenzen gesichert werden müssen, selbst aber nicht bereit sein zu helfen", so der CDU-Politiker. Er nahm die Gelegenheit wahr, sich auch einen Eindruck von den Zuständen im Lager Volvi (Nea Apollonia) zu verschaffen. Zuvor traf er mit der Vize-Innenministerin für Makedonien und Thrakien, Eleftheria Chatzigeorgiou, zusammen. Die griechischen Behörden waren in der Vergangenheit immer wieder wegen der desolaten Zustände in den Flüchtlingsunterkünften in die Kritik geraten. Bei dem Termin wurden Hochglanzprospekte mit Fotos der Einrichtungen verteilt, die ein positives Bild von den Verhältnissen zeichnen, denn die Unterkunft Volvi gehört zu den Vorzeigeeinrichtungen in Nordgriechenland.

In dem Lager leben rund 1000 Menschen, die überwiegend aus Afghanistan, Syrien und dem Irak stammen. Mutig und ohne Berührungängste begab sich Reul un-

ter diese Flüchtlinge, die ihn jedoch plötzlich bedrängten, um bei dem prominenten Besucher Gehör zu finden. Sie drohten damit, die Delegation einzukesseln, falls er nicht mit ihnen sprechen würde. Reul war natürlich sofort zum Dialog bereit, und so beklagten die Flüchtlinge die schlechten Zustände im Lager. Die Gassen seien am Vortag eigens für den Besuch aus Deutschland aufgeräumt und herausgeputzt worden, was die Insassen anhand von Handyaufnahmen belegten, mit denen sie die den Zustand des Lagers vor der Putzaktion dokumentierten. Darauf waren Bilder von Müllbergen und brennendem Schutt zu sehen. Zudem beklagten die Bewohner die schlechte medizinische Versorgung und die fehlende schulische Betreuung der Kinder.

Als aber die Flüchtling nicht von Reul abließen, brachen Vertreter des griechischen Flüchtlingsministeriums das Gespräch schließlich ab. Der deutsche Politiker wurde von Sicherheitsbeamten zum Delegationsbus eskortiert. Da die Situation unübersichtlich wurde, brachte man das Escape-Car der griechischen Polizei, das für den Notfall stets in der Nähe des Ministers bereitstand, in Stellung. [4] Das ginge denn doch zu weit, wenn ein deutscher Politiker vor Flüchtlingen flüchten müßte!

Apropos Flüchtlinge. Die kamen im Medienecho der Stippvisite des NRW-Innenministers eher nicht vor, es sei denn als einzudämmende Gefahrenquelle. Man durfte die tapferen griechischen Grenzschrützer samt ihrer erbärmlichen Ausstattung beklagen, die Unterbesetzung bei Frontex rügen und natürlich das Unwesen der

POLITIK / KOMMENTAR / KULTUR

USA - Front entlang der Armutsgrenze ...

Schleuserbanden aufs Korn nehmen. Vor allem aber die wohlgerüstete Tüchtigkeit der deutschen Polizeien und das Engagement einzelner Beamter für Europa und unsere Sicherheit bewundern. Da verbietet es sich fast von selbst, von "Menschenjagd" zu sprechen oder gar ernsthaft die Frage zu stellen, wer für Krieg und Elend verantwortlich ist, vor dem die Menschen geflohen sind. Herbert Reul hat gar nicht so unrecht, wenn er eine Verbindung zwischen den Verhältnissen in Nordrhein-Westfalen und jenen im Norden Griechenlands herstellt. Allerdings interessiert er sich eher dafür, wie man sich die Leidtragenden des hiesigen Lebensstandards am effektivsten vom Leib halten kann.

**Anmerkungen:**

[1] [www.welt.de/regionales/nrw/article192803815/Frontex-Einsatz-in-Griechenland-Reul-besucht-NRW-Polizisten.html](http://www.welt.de/regionales/nrw/article192803815/Frontex-Einsatz-in-Griechenland-Reul-besucht-NRW-Polizisten.html)

[2] [www.spiegel.de/politik/ausland/deutsche-polizisten-schuetzen-griechische-grenze-im-grenzbe-reich-a-1265517.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/deutsche-polizisten-schuetzen-griechische-grenze-im-grenzbe-reich-a-1265517.html)

[3] [www.waz.de/politik/landespolitik/nrw-beamte-schuetzen-eu-aus-sengrenze-in-nordgriechenland-id217078869.html](http://www.waz.de/politik/landespolitik/nrw-beamte-schuetzen-eu-aus-sengrenze-in-nordgriechenland-id217078869.html)

[4] [www.ksta.de/politik/nrw-innenminister-in-griechenland-fluechtlinge-bedraengen-herbert-reul--32466276](http://www.ksta.de/politik/nrw-innenminister-in-griechenland-fluechtlinge-bedraengen-herbert-reul--32466276)

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/repr1637.html>

(SB) 6. Mai 2019 - Hegel wußte schon vor 200 Jahren, worauf es in der schulischen Erziehung ankommt. 1820 dekretierte er in den Grundlinien der Philosophie des Rechts, daß ein Hauptmoment der Erziehung in der Zucht bestehe, "welche den Sinn hat, den Eigenwillen des Kindes zu brechen, damit das bloß Sinnliche und Natürliche ausgereutet werde". Die auf hartes Disziplinarregime setzende Pädagogik der Aufklärung hatte als ihr Ziel ausgewiesen, der Vernunft auch mit Gewalt zur Geltung zu verhelfen und mit Stumpf und Stiel auszurotten, was dem humanistischen Anliegen an Wildwuchs aus sinnlichen Sensationen und körperlichen Empfindungen entgegenstehen könnte. Was in den Jahren fundamentaler Kritik an den Konzepten autoritärer Zu-richtung Heranwachsender an die Bedürfnisse der kapitalistischen Gesellschaft unter dem Schlagwort "schwarze Pädagogik" bekannt wurde, blieb trotz begründeter Einwände gegen die Verherrlichung der Vernunft als staats- wie überhaupt bürgerliche Tugend auf einen kleinen Kreis intellektueller SchulkritikerInnen beschränkt.

Heute könnte man zu der Auffassung gelangen, daß die Amputation kindlicher Neugier und Entdeckerlust im Namen der Vernunft beste Voraussetzungen für die programmatische Konditionierung der Jugend auf die Anforderungen der kapitalistischen Leistungsgesellschaft ge-

schaffen habe. Vernünftig ist, wer frühzeitig die Lektion der Überlebenskonkurrenz verinnerlicht, wer sich auch unter Qualen anpaßt, um weiterzukommen, wer die Mitschülerin nicht abschreiben läßt, um selber besser dazustehen, wer die sozialen Bruchlinien, die über Verelendung oder Erfolg entscheiden, so früh wie möglich erkennt und für die eigenen Zwecke nutzt. Ganz und gar unvernünftig ist, wer nicht einsieht, auf der falschen Seite der Straße geboren zu sein, nicht über die elaborierte Sprachkultur weißer Mittelschichtseltern zu verfügen, bei Klamotten und Gadgets nicht mit den Kindern reicher Eltern mithalten zu können, und sich auf streitbare Weise mit den Verhältnissen anlegt.

Doch junge Menschen müssen nicht einmal aufbegehren, um ins Visier eines repressiven Zu-richtungsregimes zu geraten, dem das privatwirtschaftliche Eigentumsrecht alles und menschliche Solidarität nichts ist. Es reicht die Zugehörigkeit zur afroamerikanischen Minderheit, um in einer weißen Mehrheitsgesellschaft wie den USA mit weit größerer Wahrscheinlichkeit arm zu bleiben, in den Knast gesteckt oder von der Polizei erschossen zu werden. Durchschnittlich drei Schwarze täglich fallen schießwütigen PolizistInnen in den USA zum Opfer, aber es sind auch ganz normale Bürger, denen der Finger am Abzug juckt, wenn sie einen

schwarzen Jugendlichen im Hoodie sehen. Sie gehören zur Kerngruppe derjenigen, die delinquente Härtefälle für jede pädagogische oder strafrechtliche Maßnahme in die Kategorie des jugendlichen "Superpredators" fassen. Der von John J. DiIulio Jr., einem Politikwissenschaftler und Regierungsbeamten unter US-Präsident George W. Bush, geprägte Begriff des "Superraubtiers" betraf, so seine Zuschreibung "radikal impulsive, brutal reuelose Jugendliche, zu denen immer mehr Jungen kindlichen Alters zählen, die morden, überfallen, vergewaltigen, rauben, plündern, mit tödlichen Drogen handeln, sich schußwaffenbewehrten Gangs anschließen und ernsthafte Störungen der Gemeinschaft bewirken."

Was nicht nur sozialreaktionäre RepublikanerInnen, sondern auch DemokratInnen wie Hillary Clinton mit quasi biologistischem Wahrheitsanspruch als eine von Kindern und Jugendlichen ausgehende gefährliche Bedrohung der Gesellschaft an die Wand malten, hatte zahlreiche Todesopfer unter den meist schwarzen Jugendlichen zur Folge. Sie gerieten ins Fadenkreuz von polizeilichen wie kommunalen Sicherheitsstrategien, auch wenn sie keine Waffen trugen, nicht mit Drogen dealten und keiner Gang angehörten. So wurde der 17jährige Trayvon Martin 2012 in Florida von einem weißen Mann erschossen, nur weil er in dieses Klischee paßte. Der Täter, der eine Nachbarschaftspatrouille in einer Gated Community in Sanford befehligte, erschoss den unbewaffneten Jugendlichen an-

geblich in Notwehr, die ihm letztlich gerichtlich attestiert wurde, so daß er straffrei ausging.

Nun hat das Abgeordnetenhaus von Florida eine Gesetzesvorlage durchgewinkt, die LehrerInnen gestattet, eine scharfe Schußwaffe beim Unterricht mit sich zu führen. Schußwaffen für das Lehrpersonal ist eine seit langem erhobene Forderung der US-Waffenlobby, die in Florida erstmals verwirklicht werden soll. Zwar sollen die einzelnen Schulbezirke selbst entscheiden, ob sie zu dieser Maßnahme greifen wollen, doch 25 der 67 Bezirke des US-Bundesstaates haben sich bereits positiv zu dem neuen Disziplinarmittel gestellt. Um ein solches handelt es sich, auch wenn die Pistole oder der Revolver nicht sichtbar getragen wird. Allein zu wissen, daß das Lehrpersonal zur Schußwaffe greifen kann, verändert die Beziehungen zwischen SchülerInnen und LehrerInnen fundamental. Der Verweis auf die immer wieder vorkommenden Schulmassaker, mit denen die Maßnahme begründet wird, ändert nichts daran, daß mit dem Einsatz potentieller Waffengewalt gegen SchülerInnen einer Gesinnung entsprochen wird, laut der es dem Menschen prinzipiell nicht möglich ist, einen gewaltfreien Umgang mit seinesgleichen zu pflegen.

Da es jedoch meist SchülerInnen aus der schwarzen Community sind, die aufgrund ihrer Dreadlocks, ihrer Vorliebe für aggressiven HipHop und ihrer von den Straßen des Ghettos geprägten Umgangsformen in die Analyseraster weißer Sozialpathologi-

en passen, sind sie auch mehr als andere in Gefahr, vom Lehrpersonal im Unterricht oder in den Pausen auf dem Schulgelände in vermeintlicher Selbstverteidigung erschossen zu werden. Selbst wenn es zuträfe, daß sie untereinander in Bandenkriegen verwickelt sind, bleibt die Frage nach der gesellschaftlichen Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern unter Umständen, unter denen sie sich schon in jungen Jahren gegenseitig erschießen, weiterhin ungestellt. Indem Schulen, was die langfristige Konsequenz eines auf Waffengewalt setzenden Sicherheitsdenkens ist, in Hochsicherheitstrakte verwandelt werden, dürften sich auch die darin entstehenden Sozialkulturen der brutalen Wirklichkeit in US-amerikanischen Knästen annähern.

Die Vorstellung, es könne Möglichkeiten geben, positiven Einfluß auf Heranwachsende zu nehmen, anstatt sie so effizient wie möglich zu unterdrücken und auf Unterwerfung zu konditionieren, wurde offensichtlich erfolgreich überwunden. Was bleibt, ist der soziale Krieg, zu dem auch in den Klassenzimmern aufgerüstet wird. Da die Verhältnisse unter Erwachsenen die Feindseligkeit unter Kindern und Jugendlichen verschärfen und nicht umgekehrt, liegt es nahe, die Entstehung sogenannter Superraubtiere auf dem Hochsitz erwachsener Vernunft und nicht im Unterholz jugendlicher Verwirrung zu verorten.

*<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/sele1033.html>*

POLITIK / AUSLAND / MELDUNG

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

## 900 Indigene aus Venezuela nach Brasilien geflohen

(Lima, 30. April 2019, servindi) - 900 Pemonen-Indigene aus 14 venezolanischen Gemeinden sollen aus der Provinz Bolívar nach Brasilien geflohen sein. Das teilte der Indigenen-Beauftragte der venezolanischen NGO Foro Penal [1], Olnar Ortiz, auf einer Pressekonferenz mit. Die über 900 Indigenen seien aus Angst und aufgrund von Bedrohungen geflohen, erklärte Ortiz. Gegenwärtig befänden sich die Indigenen in einem Camp des UN-Flüchtlingshilfswerks. Etwa 800 der Vertriebenen befinden sich demnach in der brasilianischen Siedlung Tarau Peru, während sich die restlichen 100 auf die Ortschaften Bananal und Sakau Mota aufgeteilt hätten.

Nach Angaben von Ortiz hat die Flucht der Indigenen über die Grenze nach den Ereignissen vom 23. Februar zugenommen, als es den Versuch gab, von der brasilianischen Seite Medikamente und Lebensmittel nach Venezuela zu transportieren. Bei Auseinandersetzungen rund um diese Transporte starben sieben Menschen [2] der indigenen Ge-

meinde Kumarakapay. Für Ortiz hängt die Flucht der Indigenen nach Brasilien auch mit bewaffneten Gruppen zusammen, die um die Kontrolle über den illegalen Bergbau in der venezolanischen Provinz Bolívar kämpfen.

### Anmerkungen:

[1] <https://foropenal.com/2019/04/24/reporte-especial-represion-politica-contra-habitantes-de-comunidades-indigenas-en-bolivar-venezuela-marzo-2019/>

[2] <http://caraotalibre.cf/regionales/son-seis-en-total-murio-otro-de-los-pemones-heridos-en-kumarakapay-por-ataques-militares-en-la-gran-sabana/>

### URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonaal/900-indigene-aus-venezuela-nach-brasilien-geflohen/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedin-

gungen 4.0 international.  
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

\*

### Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen  
Herausgeber:  
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.  
Köpenicker Straße 187/188  
10997 Berlin  
Telefon: 030/789 913 61  
E-Mail: [poonaal@npla.de](mailto:poonaal@npla.de)  
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pame0013.html>

### Kooperationspartner



### poonal

Kooperationspartner von Schattenblick

poonal - Pressedienst  
lateinamerikanischer  
Nachrichtenagenturen  
Herausgeber:  
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.  
Köpenicker Straße 187/188  
10997 Berlin  
Telefon: 030/789 913 61  
E-Mail: [poonaal@npla.de](mailto:poonaal@npla.de)  
Internet: <http://www.npla.de>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ... Kommentare ...  
Interviews ... Reportagen ... Textbeiträge ... Dokumente ...  
Tips und Veranstaltungen ...*

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>



POLITIK / AUSLAND / LATEINAMERIKA

*poolal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

## Verschärftes Vorgehen gegen Migrant\*innen an Mexikos Südgrenze



*Foto: Desinformémonos*

(Mexiko-Stadt, 3. Mai 2019, *desinformémonos*) - Als Antwort auf die humanitäre Krise an der mexikanischen Südgrenze habe die Regierung des mexikanischen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador (AMLO) nur "Verfolgung und Kriminalisierung" der zentralamerikanischen Migrant\*innen parat, kritisierte [1] ein Dachverband von 200 Organisationen und Einzelpersonen. Mit der Festnahme von Kindern habe die Regierung zudem "schwere Menschenrechtsvergehen" begangen.

Nach Angaben der Organisationen habe es in den ersten Monaten der Amtszeit von AMLO systematisch Festnahmen und Abschiebungen gegeben; zudem seien Straßenkontrollen ver-

stärkt und Razzien gegen Migrant\*innen durchgeführt worden. Allein in der ersten Aprilhälfte seien durchschnittlich 273 Honduraner\*innen pro Tag abgeschoben worden.

### **"Migration wird kriminalisiert"**

Das Kollektiv zur Beobachtung der Menschenrechte im Südosten Mexikos COMDHSM (Colectivo de Observación y Monitoreo de Derechos Humanos en el Sureste Mexicano) erklärte, es handele sich um "die gewalttätigste Migrationspolitik an der Südgrenze der vergangenen Jahre". In jüngster Zeit habe es einen Anstieg der Festnahmen gegeben, im Beisein von Grenzbeamten\*innen sowie bundesstaatlicher, kommunaler und Bundes-

polizei. Das spricht nach Ansicht des Kollektivs für die Absicht, "die Migration zu kriminalisieren".

Hingegen behauptet die Bundesregierung in ihrem Nationalen Entwicklungsplan PND (Plan Nacional de Desarrollo): "Mexiko hat seine Tradition als gastfreundliches Land wieder aufgenommen, das Asyl bietet und Migration integriert". Doch selbst die Nationale Migrationsbehörde INM hat am 26. April bekannt gegeben, dass 1.746 Migrant\*innen im Aufnahmelager Siglo XXI in Tapachula festgehalten werden, das nur eine maximale Kapazität für 960 Personen hat. Das widerspricht dem Migrationsgesetz, das untersagt, mehr Migrant\*innen in ein Lager aufzunehmen, als möglich ist.

**Anmerkung:**

[1] <http://foca.org.mx/blog/condenamos-el-operativo-de-detencion-migratoria-encabezado-por-el-instituto-nacional-de-migracion-y-policia-federal/>

**URL des Artikels:**

<https://www.npla.de/poonal/verschuerftes-vorgehen-gegen-migrantinnen-an-mexikos-suedgrenze/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.  
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

\*

**Quelle:**

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen  
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.  
Köpenicker Straße 187/188  
10997 Berlin  
Telefon: 030/789 913 61  
E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)  
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1879.html>



**POLITIK / SOZIALES / KIND**

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

**Über 40 Prozent der Kinder in Argentinien sind arm**

(Buenos Aires, 2. Mai 2019, *an-red*) - Die Kinderarmut nimmt in Argentinien kontinuierlich zu. Allein im Jahr 2018 erhöhte sich die Zahl der von Armut betroffenen Kinder um weitere 600.000. Während die Grundrechte von Kindern einer immer massiveren Gefährdung ausgesetzt sind, diskutiert die Regierung über die Herabsetzung der Strafmündigkeit.

**Erschreckende Zahlen**

Die Universidad Católica de Argentina (UCA) hat am 29. April eine Studie [1] zum Thema Armut und Kinderrechte in Argentinien veröffentlicht. Diese belegt, dass im Jahr 2018 4,7 Millionen Kinder zwischen 0 und 17 Jahren von Armut betroffen waren, da in ihren Haushalten keine zur Deckung der Lebenshaltungskosten ausreichenden Einkünfte erzielt wurden. Als Folge der prekären wirtschaftlichen Lage leben sie häufig ohne den Schutz der elementarsten Grundrechte.

Die Armutsquote ist insgesamt von 4,1 auf 5,1 Prozent gestiegen, damit sind auch rund 590.000 Kinder neu von Armut betroffen. Die UCA arbeitete außerdem mit verschiedenen Indikatoren: So wurde untersucht, ob die Kinder Zugang zu Nahrung, hygienischen Lebensverhältnissen, Gesundheitsversorgung, Informatio-

nen und Bildung bzw. geistiger Anregung haben und ob sie an einem festen Wohnort leben. Das Ergebnis: 7,5 Millionen bzw. 63,4 Prozent der Kinder müssen in ihrem Leben mindestens ohne einen dieser Aspekte auskommen.

**Ein halbe Million Kinder und Jugendliche hungern**

Am schlechtesten ist es um den Zugang zu Nahrung, Gesundheitsversorgung und Bildung bestellt. Im vergangenen Jahr waren es rund 483.000 Kinder, die Hunger litten. Die heftigsten Grundrechtsverletzungen betreffen Jugendliche zwischen 13 und 17 Jahren.

Derweil wird in Regierungskreisen weiter über die Senkung der Strafmündigkeit auf 14 Jahre diskutiert. Kinder und Jugendliche werden verfolgt, als seien sie für die Gefahren auf Argentinien Straßen verantwortlich, obwohl tatsächlich sie am stärksten gefährdet sind, weil die Grundrechte, die sie theoretisch besitzen, sie in der Praxis nicht schützen.

Verschiedene soziale Organisationen haben bereits für den 8. Mai eine Demonstration vor dem Ministerium für Soziale Entwicklung angekündigt, bei der sie ein angemessenes politisches Engagement sowie praktische Soforthilfe fordern, um der Krise, die

das Leben der Kinder und Jugendlichen so stark beeinträchtigt, etwas entgegenzusetzen.

### "Die Politik verschleiert die Krise des Kapitalismus"

In ihrem Statement heißt es: "Wir als sozialpolitisch tätige Organisationen, die mit armen und entrechteten Menschen arbeiten, bekommen den Sparkurs, der mit dem Ausverkauf der staatlichen Maßnahmen einhergeht, in unseren Wirkungsbereichen täglich zu spüren. Die Politik tut alles, um die Krise des Kapitalismus zu verschleiern und den Reichen ihre Profite zu sichern. Nicht der Staat garantiert die Einhaltung der Grundrechte, sondern wir sind es, die Tag für Tag in den Stadtvierteln arbeiten."

Die Organisationen beklagten, dass sie seit Monaten bei verschiedenen Stellen des Ministeriums vorgeschrien und die Regierung aufgefordert haben, etwas gegen die Misere zu unternehmen; bisher hätten sie jedoch keine Antwort erhalten. Dazu kommt, dass die Stellen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit permanent von Kürzungen und Stellenabbau betroffen sind, was die Schutzlosigkeit der jungen Menschen noch zusätzlich verstärkt.

#### Anmerkung:

[1] <http://wadmin.uca.edu.ar/public/ckeditor/Observatorio%20Deuda%20Social/Documentos/2019/2019-BDSI-DOCUMENTO-INVESTIGACION-POBREZA-INFANCIA-BOLETIN-1.pdf>

#### URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/ueber-40-prozent-der-kinder-in-argentinien-sind-arm/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

\*

#### Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen  
Herausgeber:  
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.  
Köpenicker Straße 187/188  
10997 Berlin  
Telefon: 030/789 913 61  
E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)  
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/soziales/pskin193.html>

## REPRESSION / FAKTEN / INTERNATIONAL

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

### Kolumbien

#### Protestcamp in Bogotá gegen Mordserie an Aktivist\*innen

(*Medellín, 1. Mai 2019, colombia informa/poonal*) - Im Rahmen ihrer Aktion "Humanitärer Schutz für das Leben" (Refugio Humanitario por la Vida) haben hunderte soziale Führungspersonen vor dem Gebäude der Generalstaatsanwaltschaft in der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá eine Mahnwache abgehalten. Am 28. April waren die Aktivist\*innen aus verschiedenen Regionen Ko-

lumbiens in einer sogenannten Karawane nach Bogotá gekommen, um auf die gravierende Menschenrechtssituation sozialer Bewegungen aufmerksam zu machen. Insgesamt haben etwa 1.500 Aktivist\*innen an dem fünftägigen Protestcamp [1] teilgenommen. Mit der Aktion klagten sie unrechtmäßige Gerichtsverfahren, Stigmatisierungen und die Mordserie an, die gegenüber

den Aktivist\*innen kein Ende nehmen. Allein in diesem Jahr wurden bereits 147 Morde an Menschenrechtsverteidiger\*innen registriert.

Fernanda Mejía von der Vereinigung der Gemeinderäte im Norden Cauca ACONC (Asociación de Consejos Comunitarios del Norte del Cauca - ACONC), die die organisatorischen Prozesse

von Afro-Organisationen und Räten schwarzer Gemeinschaften begleitet und stärkt, erklärte: "Der Protest hat gezeigt, dass die Regierung nicht für die Menschen, sondern für die Unternehmer und multinationalen Konzerne da ist. Es ist traurig, das bestätigt zu sehen. Gestern waren wir bei drei Botschaften, die uns empfangen haben. Aber heute sind wir zur Generalstaatsanwaltschaft gezogen, doch der Staatsanwalt war nicht einmal fähig, sich zu zeigen und uns zu begrüßen." Die Afrokolumbianerin Mejía beklagte zudem, dass Beamte\*innen der Staatsanwaltschaft ohne Begründung Fotos von den protestierenden Menschen gemacht hätten, die nun deshalb um ihre Sicherheit fürchteten.

### **Bereits 147 politisch motivierte Morde in 2019**

Einige Stunden zuvor fand im kolumbianischen Kongress die öffentliche Anhörung statt, die unter anderem Alberto Castilla, Senator der sozialdemokratischen Oppositionspartei Polo Democrático, einberufen hatte. Sie hatte zum Ziel, die wirksame Umsetzung einer staatlichen Politik einzufordern, die die Aktivist\*innen schützt.

Patricia Llombart Cussac, Botschafterin der Europäischen Union in Kolumbien, begrüßte die Initiative des Refugio Humanitario. "Wir sehen hier nicht die Schwierigkeiten, mit denen die Verteidiger\*innen der Menschenrechte und des Lebens in vielen Regionen Kolumbiens kämpfen müssen." Cussac versprach, die Mordwelle an sozialen Aktivist\*innen in Kolumbien im Eu-

ropäischen Parlament zu thematisieren: "Die Flugblätter, die von einer "sozialen Säuberung" (limpieza social) sprechen und den Aktivist\*innen mit einem "Ausflug ohne Rückkehr" ("paseo sin regreso") drohen sind widerwärtig. Wir dürfen nicht zulassen, dass dies Normalität wird."

#### **Anmerkungen:**

[1] <https://colombia2020.elespectador.com/pais/que-lograron-los-lideres-sociales-que-instalaron-el-refugio-humanitario-en-bogota>

#### **URL des Artikels:**

<https://www.npla.de/poonal/protestcamp-in-bogota-gegen-mordserie-an-aktivistinnen/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

\*

#### **Quelle:**

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen  
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188  
10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/repress/fakten/rf0i0380.html>

## **REPRESSION / FAKTEN**

*poonal - Pressedienst  
lateinamerikanischer  
Nachrichtenagenturen*

### **Brasilien / Lateinamerika**

#### **Brasilien gefährlichstes Land für Umweltaktivist\*innen**

*von José Díaz*

(Lima, 1. Mai 2019, servindi) - Die Situation für Umweltaktivist\*innen in Lateinamerika wird zunehmend unsicherer. In den letzten zehn Jahren wurden in Lateinamerika insgesamt 1.179 Angriffe auf Umweltaktivist\*innen verzeichnet. Das legt eine kürzlich erstellte Studie offen. Die Liste der gefährlichsten Länder für Umweltschützer\*innen wird von Brasilien angeführt, gefolgt von Mexiko. Bisher wurde in nur 50 dieser Fälle ein Urteil gesprochen.

Besonders kritisch ist in der Region die Situation in Brasilien. Seit der rechtsextreme Jair Bolsonaro die Präsidentschaft übernommen hat, befindet sich das Land in unruhigen Zeiten. Dazu kommt die Tatsache, dass Brasilien das gefährlichste Land ist, um sich für den Umweltschutz einzusetzen.

Laut einer kürzlich erstellten Studie [1] mit dem Titel "Land der Widerständigen" (Tierra de resistentes) wurden im letzten Jahrzehnt insgesamt 1.179 Angriffe auf Aktivist\*innen verzeichnet, die die Wälder und Wasserquel-

len verteidigt haben. Mit 754 Übergriffen ist Brasilien das Land mit den meisten erfassten Vorfällen, gefolgt von Mexiko mit 222 und Kolumbien mit 180. Bolivien ist mit nur 18 Fällen das Land mit den wenigsten registrierten Angriffen.

Die Studie wurden in Bolivien, Brasilien, Kolumbien, Ecuador, Guatemala, Mexiko und Peru erstellt und mit Mitteln der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit GIZ finanziert, in Zusammenarbeit mit der Deutsche Welle Akademie (DW) und der Redaktionsleitung der Nachrichtenagentur EFE. "Als wir entschieden haben, dass es sich hier um ein Menschenrechts-Thema handelt, welches auch soziale Aktivist\*innen betrifft, haben wir die Listen der UN hinzugezogen. Fünf der Länder, die Teil dieses Projektes sind, stehen an den ersten Stellen, was die Anzahl der Ermordungen von sozialen Aktivist\*innen angeht", erklärte Dora Montero, Vorsitzende der Redaktionsleitung der Nachrichtenagentur EFE.

## Indigene in Gefahr

Bei Angriffen auf indigene und Afro-Gemeinden wurden 177 Angriffe verzeichnet. Auch hier ist Brasilien mit 35 Angriffen das Land mit der höchsten Anzahl von Übergriffen in den letzten fünf Jahren. In Mexiko sind im gleichen Zeitraum 30 Angriffe gezählt worden. Dort war die ethnische Gruppe der Nahuatl in den vergangenen Jahren besonders betroffen.

"Zielscheibe von 56 Prozent der Gewalttaten waren ethnische

Minderheiten. Dies zeigt, dass die Gebiete von Indigenen und Afros besonders im Zentrum solcher kriminellen Interessen stehen", so der Bericht. Ein weiteres alarmierendes Detail des Berichtes ist, dass von den 1.179 im letzten Jahrzehnt verzeichneten Angriffen nur 50 mit einem rechtskräftigen Urteil endeten. In 274 weiteren Fällen wird noch ermittelt. Das ist ohne Zweifel ein klarer Hinweis auf die Straflosigkeit, die meistens auf die Aggressionen gegenüber den Umweltaktivist\*innen in Lateinamerika folgt.

### Anmerkung:

[1] <https://colombiacheck.com/especiales/tierra-resistentes/es-co/>

URL des Artikels:  
<https://www.npla.de/poonal/brasili->

en-gefaehrlichstes-land-fuer-umweltaktivistinnen/

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.  
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

\*

### Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen  
Herausgeber:  
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.  
Köpenicker Straße 187/188  
10997 Berlin  
Telefon: 030/789 913 61  
E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)  
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/repress/fakten/rf0i0381.html>

## REPRESSION / FAKTEN / INTERNATIONAL

*Internationale Presseagentur Pressenza - Büro München*

### Ein weiterer Akt in der gerichtlichen Verfolgung von Milagro Sala

*Nachricht aus der Redaktion Italien vom 5. Mai 2019*

Als ob die bereits laufenden Verfahren gegen Milagro Sala nicht ausreichen würden, hat nun der Richter Pablo Pullen Llermanos einen bereits 2009 abgeschlossenen Fall zum Tod des sozialen Aktivisten Luca Arias wieder aufgenommen.

Das argentinische Komitee für die Freiheit von Milagro Sala verurteilt diese erneute Farce, die vom

üblichen Verdächtigen, dem oben genannten Richter und Freund des Gouverneurs Gerardo Morales ins Leben gerufen wurde: "Die politische und gerichtliche Verfolgung scheint keine Grenzen zu haben", sagt das Komitee in einem Schreiben und protestiert zudem dagegen, dass es den Anwälten der Verteidigung nicht erlaubt wurde, Zeugen zur Entlastung zu stellen.



Bild: © Agencia Paco Urondo

Im konkreten Fall, der auf der Grundlage der Zeugenaussage von Juan Carlos Maidana wiedereröffnet wurde, einer Person, die nichts mit den Fakten des Falles zu tun hat, und die sich derzeit wegen Vergewaltigung im Gefängnis befindet, interveniert nun auch die Witwe des sozialen Aktivistin, Luciana Santillán, und weist darauf hin, dass ihr Mann an einer schweren Krankheit und nicht wegen der strittigen Fakten gestorben ist.

In einem Video, das in den sozialen Netzwerken zirkuliert, sagt

Milagro Sala, dass sie sich "hilflos und gedemütigt" fühlt und erinnert erneut daran, dass immer noch viele andere Mitglieder von Tupac Amaru im Gefängnis sitzen. Sie weist darauf hin, dass selbst die Freispruchs-Urteile ohne neue Verfahren einfach aufgehoben wurden. Sala schließt das Video mit einem Appell an die Zivilgesellschaft, auf dass diese politische und gerichtliche Verfolgung endlich ein Ende hat.

Übersetzung aus dem Italienischen von *Pressenza München*

#### KURZINFO:

Milagro Sala wurde am 16. Januar 2016 willkürlich ihrer Freiheit beraubt, während sie an einer friedlichen Protestkundgebung in San Salvador, Hauptstadt der argentinischen Provinz Jujuy, teilnahm, um gegen soziale Ungerechtigkeit und den Abbau von Arbeitsplätzen zu demonstrieren. Seitdem sitzt sie in Haft.

Weitere Infos gibt es auf der Webseite des deutschen Komitees für die Freiheit von Milagro Sala: <https://komiteefreiheitmilagrosala.wordpress.com>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

\*

#### Quelle:

Internationale Presseagentur  
Pressenza - Büro Berlin  
Reto Thumiger  
E-Mail: [redaktion.berlin@pressenza.com](mailto:redaktion.berlin@pressenza.com)  
Internet: [www.pressenza.com/de](http://www.pressenza.com/de)

<http://www.schattenblick.de/infopool/repress/fakten/rf0i0382.html>

## UMWELT / REDAKTION / RESSOURCEN

### Meeresboden - ein fauler Kompromiß ...

(SB) 6. Mai 2019 - Vor zwei Jahren haben die Cookinseln ihre gesamte Ausschließliche Wirtschaftszone zu einem der größten Meeresschutzgebiete der Welt erklärt. Das war von Jacqueline Evans initiiert worden, die dafür vor wenigen Tagen mit

dem renommierten Goldman Environmental Prize ausgezeichnet wurde. Zugleich wirbt das aus 15 Inseln bestehende Land inmitten des Pazifiks um Investoren für den Meeresbodenbergbau, der ebenfalls in seiner Ausschließlichen Wirt-

schaftszone stattfinden soll. Da der Abbau von Manganknollen, die hier reichlich vorkommen, ein eklatanter Widerspruch zum Meeresschutz ist, sollen die Bergbauaktivitäten nur in ausgewiesenen Blöcken stattfinden und nicht eher beginnen, als bis

die notwendigen Umweltauflagen erfüllt sind und die lokale Bevölkerung zugestimmt hat.

Die Umweltfolgen des Meeresbodenbergbaus werden zwar gegenwärtig noch intensiv erforscht, aber schon jetzt ist klar, daß beispielsweise das Einsammeln oder Einsaugen von Manganknollen vom Meeresboden teils Jahrzehnte anhaltende Störungen in den marinen Ökosystemen verursachen kann. Das hat unter anderem das Projekt DISCOL (1988-93) gezeigt, im Rahmen dessen im Südostpazifik Manganknollen vom Tiefseeboden eingesammelt wurden. Abgesehen von der direkten Vernichtung von Lebensformen, haben sich einige Arten erst nach sieben Jahren "erholt", andere gar nicht. Daß damals Eingriffe in das marine Ökosystem vorgenommen wurden, ist bis heute an der Zusammensetzung der Biodiversität abzulesen.

Zudem sind die Manganknollen ihrerseits beispielsweise von Schwämmen besiedelt. Ein Abbau wäre somit auf jeden Fall ein zerstörerischer Eingriff, und es stellte sich dann die Frage, die stets die gleiche ist: Zu welchem Preis stimmen ein Staat oder eine Bevölkerung solch einem destruktiven Vorhaben zu?

Fünf Jahre lang hatten sich Jacqueline Evans und andere für die Einrichtung eines Meeresschutzgebiets engagiert. Schließlich, am 13. Juli 2017, stimmte das Parlament der Cookinseln dem Vorschlag zu. Das Marae Moana genannte Meeresschutzgebiet umfaßt eine Fläche von rund 1,9 Mio. Quadratkilometern. Hier darf durchaus weiter Fischfang

und Meeresbodenbergbau betrieben werden, sofern dabei Nachhaltigkeitskriterien eingehalten werden. Darüber hinaus wird jedoch um jede der 15 Inseln der Cookinseln herum eine Zone im Abstand von jeweils 50 Seemeilen gezogen, in der weder industrieller Fischfang noch Bergbau betrieben werden darf.

Das Meeresschutzgebiet umfaßt flache Atolle, eine Vulkaninsel, eine Sandinsel und höhere Kalksteininseln. In den Gewässern leben über 130 Korallen- und mehr als 600 Fischarten. Auch Wale, Delphine, Haie und Meeresschildkröten finden sich hier.

Die Fläche, auf der "erntereife" Manganknollen in einer Menge von mehr als 5 Kilogramm pro Quadratmeter vorkommen, beträgt 750.000 Quadratkilometer. Die Manganknollen, die in einer Wassertiefe von 3500 bis 5000 Meter vorkommen und deren abbauwürdiges Gesamtvolumen auf über zehn Mio. Tonnen geschätzt wird, haben einen vergleichsweise hohen Anteil von Kobalt, berichtete der Leiter der National Minerals Seabed Authority (NMSA), Paul Lynch, 2013 bei einem Workshop in Kiel. Bei seinem Vortrag betonte Lynch die Bedeutung eines Regelwerks, damit der Meeresbodenbergbau auch unter Einhaltung von Umweltkriterien betrieben werden kann. [2]

Falls das jemals gelingt, stellt sich die Frage, welche Kompromisse dabei gemacht wurden. Abgesehen von den Studien, die zur Zeit eine Reihe von Staaten im sogenannten Manganknollengürtel des äquatorialen Ostpazifiks zwischen Hawaii und

Mexiko, in der sogenannten Clarion-Clipperton-Zone durchführen, kann man sagen, daß die verheerenden Zerstörungen am Meeresboden durch die Ernte von Manganknollen denen der Schleppnetzfisherei ähneln. Dabei wird die Oberfläche des Meeresbodens abrasiert, und es entstehen Sedimentfahnen, die aufgrund der Strömungen teils viele Kilometer davongetragen werden und dabei weitere marine Ökosysteme schädigen.

Kobalt ist ein wichtiger Rohstoff für die Elektromobilität und Digitalisierung. Auch andere Elemente wie Titan, Nickel und Yttrium sind begehrt. Weil die Cookinseln neben Tourismus kaum über nennenswerte Wirtschaftszweige verfügen, über die Devisen ins Land kommen, besteht ein erheblicher Reiz, man könnte auch von Druck sprechen, sich die "Naturschätze" am Tiefseeboden verfügbar zu machen. Die Entscheidung der Cookinseln, ihre Ausschließliche Wirtschaftszone zum Meeresschutzgebiet zu erklären, tat niemandem weh.

#### **Anmerkungen:**

[1] <https://www.goldmanprize.org/blog/introducing-the-2019-goldman-environmental-prize-winners/>

[2] <http://schattenblick.de/infopool/umwelt/report/umrb0050.html>

*<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/redakt/umre-232.html>*

## CO2 - Energieversorgung Atom ...

(SB) 6. Mai 2019 - Die französische Regierung hat angekündigt, daß sie ihr Ziel, den Anteil der Atomenergie am Strommix auf 50 Prozent zu verringern, um zehn Jahre von 2025 auf 2035 verschieben wird. Begründung: Man will die CO<sub>2</sub>-Emissionsziele vom Klimaschutzübereinkommen von Paris einhalten. In dieser Entscheidung Frankreichs zeigt sich ein allgemeiner Trend der Staaten mit Atomkraftwerken, sich unter dem Eindruck der prognostizierten drastischen Klimaänderungen verstärkt der Atomenergie als vermeintlich unverzichtbar zuzuwenden. Die Akw-Betreiber werben sogar dafür, daß Atomkraftwerke an dem milliardenschweren Fonds für Klimaschutzmaßnahmen partizipieren dürfen.

Am 30. April hat der französische Umweltminister François de Rugy dem Kabinett Präsident Emmanuel Macrons einen Gesetzentwurf zur Energie- und Klimapolitik vorgelegt, der darauf abzielt, Frankreich bis Mitte des Jahrhunderts klimaneutral zu machen [1]. Demnach sollen die fossilen Energieträger bis 2030 um mindestens 40 Prozent und nicht mehr wie bisher um 30 Prozent reduziert werden. Bestandteil des Entwurfs ist ebenfalls, daß die Kohleverstromung im französischen Kernland im Jahr 2022 beendet wird. Mit dem Argument, daß man sich realistische Ziele zum Umbau des Energiesystems setzen muß, sollen jedoch neun Kernkraftwerksblöcke nicht in

sechs, sondern erst in 16 Jahren abgeschaltet werden. Damit folgt Rugy dem Strategiepapier zur Energiewende (pluriannuelle de l'énergie - PPE), das Macron am 27. November 2018 vorgelegt hat.

Frankreich generiert gegenwärtig mehr als 70 Prozent seines elektrischen Stroms in 72 Kernreaktoren. Noch unter dem Eindruck des Super-GAU im japanischen Atomkomplex Fukushima Daiichi im Jahr zuvor hatte der damalige sozialistische Präsident François Hollande 2012 beschlossen, den Atomstromanteil Frankreichs auf 50 Prozent bis 2025 zu verringern und das in die Jahre gekommene Akw Fessenheim bis spätestens 2017 zu schließen. Das ist nicht geschehen, zumindest Block 2 des nur einen Kilometer von der deutschen Grenze entfernt gelegenen, als marode einzuschätzenden Akw läuft nach Unterbrechungen weiter. Als Hollande von Emmanuel Macron an der Spitze Frankreichs abgelöst wurde, hatte dieser noch zugesagt, die Ziele seines Vorgängers hinsichtlich der Atompolitik zu respektieren, ohne allerdings dabei die nationale Energiesouveränität aufgeben zu wollen.

Sicherlich spielt Frankreich aufgrund seines äußerst hohen Anteils an Atomenergie sogar noch innerhalb der Atomenergiestaaten eine Sonderrolle. Nichtsdestotrotz zeigt sich in seinem Hinauszögern der Akw-Abschaltung, daß die Behauptung, Atomkraftwerke seien klimafreundlich, weil

sie während des Betriebs kaum CO<sub>2</sub>-Emissionen abgeben, verfangt. So erlebt die Branche gegenwärtig zwei gegenläufige Trends, sowohl den Ausstieg aus der Atomenergie als auch ihre Renaissance als angeblich kleineres Übel gegenüber dem Klimawandel. Völlig außen vor bleibt bei solchen Rechnungen, daß Atomkraftwerke "Kollateralschäden" verursachen - siehe Windscale 1957, Harrisburg 1979, Tschernobyl 1986, Fukushima Daiichi 2011 -, die zu beheben gewaltige Mengen an Energie erfordern, für die selbstverständlich Treibhausgase emittiert wurden und teils heute noch werden. Nähme man die Schadensbehebung von Unfällen in Akws in die Klimabilanz auf, ließe sich die Behauptung von ihrer Klimafreundlichkeit nicht mehr aufrechterhalten.

Anstatt radikale Wege zur Verringerung des Energieverbrauchs einzuschlagen, die allerdings fundamental das von wirtschaftlicher Wachstumsnot, privater Profitaneignung, externalisierten Umweltschäden und Verknechtung des für Lohn arbeitenden Menschen geschmierten Gesellschaftsmodells in Frage stellen würden, gewinnt unter der akuten Bedrohung durch den Klimawandel ausgerechnet eine zentralistische, mit hohem Proliferationspotential ausgestattete Energieform an Attraktivität. Wurde bei ihrer Einführung noch behauptet, es käme statistisch nur einmal in einer Million Jahren zu einer un-



UMWELT / KLIMA / INITIATIVE

*Internationale Presseagentur Pressenza - Büro München*

**Die-In von Fridays For Future Aktivist\*innen  
in der Ludwig-Maximilians-Universität München**

*Nachricht vom 5. Mai 2019*

Am Samstag, dem 4. Mai gegen 13:00 haben sich spontan Protestierende von Fridays, Doctors [1] und Scientists [2] For Future München im Lichthof des Hauptgebäudes der Ludwig-Maximilians-Universität zu einem Die-In eingefunden. Zum Zeichen des zu erwartenden Leids durch Umwelterstörung und Klimawandel warfen sich die Aktivist\*innen zu

Boden, um auf die Toten und Bedrohten der Klimakrise aufmerksam zu machen.

*"So eine 'Die-in' Aktion ist wie eine Beatmungsmaßnahme in der Universität. Wir sollten viel öfter mal konstruktiv 'unterbrochen' werden." - Harald Lesch, Professor für Physik und TV-Moderator*

Zeitgleich fand in der LMU im Rahmen des Tags der offenen Tür der Fakultät Physik eine Ausstellung mit Info-Ständen zum Thema "Physik des Klimawandels" statt. Die Protestierenden forderten konkrete Handlungen aller Gesellschaftselemente zum Klimaschutz und ein Ende der Inaktivität. Dazu nehmen wir auch die Wissenschaft in die Pflicht, die dramatischen Folgen des Klimawandels im gesellschaftlichen Diskurs zu vertreten. Gegen Klimaleugner und Fake-News ist die Wissenschaft eine ebenso starke Waffe wie für den Aufbau klimafreundlicher Technologien.

*"Wir fordern die Bekämpfung des durch die Klimakrise verursachten Leidens von hunderten Millionen Menschen heute und die Bekämpfung der Zerstörung unserer zukünftigen Lebensgrundlage. Es hat 12 geschlagen, die Zeit der Untätigkeit ist vorbei." - Felix Burckhardt, Fridays For Future Aktivist*

Die Aktion wurde von den Ausstellungsgästen und Standbetreuern mit Applaus aufgenommen.

**Aktuelle News rund um's Thema:**

Erfolg für "Parents for Future": Klimaschutz-Petition schafft es in den Bundestag [3]

Aufruf zum Globalen Klimastreik am 24. Mai zur Europawahl [4] von Fridays For Future Germany (mit interaktiver Karte aller Streiks in Deutschland) #Klimawahl #ActNow #voteclimate

Neue Petition: "Klimanotstand auch in Deutschland ausrufen!" [5] gerichtet an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages nach dem Vorbild von Großbritannien [6]

**Anmerkungen:**

[1] <https://www.pressenza.com/de/2019/03/die-klimakrise-ist-ein-medizinischer-notfall-gesundheitsberufe-unterstuetzen-schuelerinnen-streik/>

[2] <https://www.pressenza.com/de/2019/03/scientists4future-die-anliegen-der-demonstrierenden-jungen-menschen-sind-berechtigt/>

*Fortsetzung von Seite 16:*

kontrollierten Kernschmelze mit Strahlenfreisetzung in die Umwelt, hat die Praxis gezeigt, daß man rund alle 20 bis 25 Jahre damit rechnen muß. Insofern ist es durchaus sicherheitsrelevant, wenn Frankreich einen kleinen Teil seiner Atomkraftwerke zehn Jahre später abschaltet als ursprünglich vorgesehen.

**Anmerkungen:**

[1] <http://www.world-nuclear-news.org/Articles/French-bill-delays-nuclear-reduction-by-ten-years>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/redakt/umat-454.html>

[3] [https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id\\_85695892/klimaschutz-petition-schafft-es-in-den-bundestag.html](https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_85695892/klimaschutz-petition-schafft-es-in-den-bundestag.html)

[4] <https://fridaysforfuture.de/24-mai/>

[5] <https://www.change.org/p/deutscher-bundestag-klimanotstand-auch-in-deutschland-ausrufen-climateemergency-overshootday-extinctionrebellion-erdueberlastungstag-fridaysforfuture-fff-klimakrise>

[6] <https://www.pressenza.com/de/2019/05/vereinigtes-koenigreich-unterhaus-beschliesst-ausrufung-des-notstands-zur-klimakrise/>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

\*

**Quelle:**

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin  
Reto Thumiger  
E-Mail: [redaktion.berlin@pressenza.com](mailto:redaktion.berlin@pressenza.com)  
Internet: [www.pressenza.com/de](http://www.pressenza.com/de)

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/klima/uklin176.html>

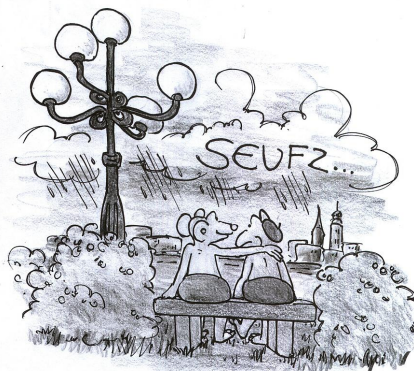
**I n h a l t** **Ausgabe 2912 / Dienstag, den 7. Mai 2019**

- 1 BÜRGER - MEINUNGEN: Wir alle sind Julian Assange (Pressenza)
- 2 POLITIK - REDAKTION: Jemen - im Schatten der Lügen ...
- 3 SCHACH-SPHINX: Drauflosstrategen
- 4 POLITIK - KOMMENTAR: Landespolitik - Grenzsicherheit ...
- 6 POLITIK - KOMMENTAR: USA - Front entlang der Armutsgrenze ...
- 8 POLITIK: 900 Indigene aus Venezuela nach Brasilien geflohen (poonal)
- 9 POLITIK - AUSLAND: Verschärftes Vorgehen gegen Migrant\*innen ... (poonal)
- 10 SOZIALES: Über 40 Prozent der Kinder in Argentinien sind arm (poonal)
- 11 REPRESSION: Protestcamp in Bogotá gegen Mordserie ... (poonal)
- 12 REPRESSION: Brasilien gefährlichstes Land für Umweltaktivist\*innen (poonal)
- 13 REPRESSION: Ein weiterer Akt in der gerichtlichen Verfolgung ... (Pressenza)
- 14 UMWELT - REDAKTION: Meeresboden - ein fauler Kompromiß ...
- 16 UMWELT - REDAKTION: CO2 - Energieversorgung Atom ...
- 17 UMWELT - KLIMA: Die-In von Fridays For Future Aktivist\*innen in der Ludwig-Maximilians-Universität München (Pressenza)
- 18 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 07. Mai 2019

**DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN**

**Und morgen, den 7. Mai 2019**

+++ Vorhersage für den 07.05.2019 bis zum 08.05.2019 +++



© 2019 by Schattenblick

Wolkenhimmel,  
schauerlich,  
Jean-Lucs Fimmel  
trauerlich.

**IMPRESSUM**

**Elektronische Zeitung Schattenblick**

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.  
Verantwortlicher Ansprechpartner:  
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth  
Elektronische Postadresse: [ma-verlag@gmx.de](mailto:ma-verlag@gmx.de)  
Telefonnummer: 04837/90 26 98  
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME  
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.):  
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth  
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:  
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth  
ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel  
Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.